Neue Freie Zeitung
Nr. 18 · Freitag, 3. Mai 2019
€ 0,80

Österreichische Post AG
WZ 02Z032878 W
Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, A-1080 Wien - Tel.: 01 512 35 35 0 - Fax: 01 512 35 359
Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Schwarze Prestigeprojekte simulieren Verkehrspolitik

Heftige Kritik übt Salzburgs FPÖ-Verkehrssprecher Hermann Stöllner an der von den Grünen übernommenen Selbstverwirklichungs-Show von ÖVP-Landesrat Stefan Schnöll: „Ohne begleitende Infrastrukturmaßnahmen bleibt das günstige Öffi-Ticket ein teurer Schuss in den Ofen!“ S. 13

Foto: FPÖ Salzburg

ORF-Eigenwerbung für Rundfunkreform

Linke Propaganda des Staatsfunks gegen die Freiheitlichen wird unerträglich S. 2/3

Echte Steuerentlastungsreform mit starker blauer Handschrift!

FPÖ setzt Entlastung der Steuerzahler in Höhe von 8,3 Milliarden Euro durch – S. 4/5

Foto: NFZ

PARLAMENT

Mindestsicherung NEU

Die Reform der Mindestsicherung wurde von FPÖ und ÖVP im Nationalrat beschlossen. In einer hitzigen Debatte versuchte die Opposition mit abenteuerlichen Argumenten die bundesweit Vereinheitlichung der Sozialhilfe vergeblich zu verhindern. S. 6

EU-WAHL

Mehr Österreich

Die Freiheitlichen haben den EU-Wahlkampf eröffnet. Bei der Auftaktveranstaltung in der Lugner-City und bei der 1.-Mai-Feier in Linz appellierten HC Strache und Harald Vilimsky an die Österreicher, zur Wahl zu gehen, um auch die EU auf Reformkurs zu bringen. S. 7-9

WIEN

Simmering soll büssen

MIt einer Demonstration machten die Freiheitlichen mit ihrem Bezirksvorsteher Paul Stadler auf das bevorstehende Verkehrschaos durch ein rotes Prestigeprojekt aufmerksam. Um das rote Favoriten zu schonen, soll das blaue Simmering büssen. S. 11

MEDIEN

Antisemitische Antifa

Der FPÖ-kritischen Medien, angeführt vom ORF, lassen nichts unversucht, um die „rechtsextremistischen Skandale“ der Freiheitlichen international breitzutreten. Nur hat sich jetzt einer ihrer Gehilfen mit einer antisemitischen Karikatur selbst in die Kritik gebracht. S. 14

Foto: NFZ

AUS DER REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

„Der Widerstand gegen Hitler und die Seinen wird umso stärker, je länger das Dritte Reich zurück liegt“, bemerkte der renommierte deutscher Publizist Johannes Gross bereits vor über 20 Jahren zum antifaschistischen Widerstandstheater der nach 1989 orientierungslos torkelnden Linken.

Moralisten-Terror

Umso radikaler, auch mit den Mitteln der vorgeblich zu bekämpfenden Nazis, gehen sie gegen Andersdenkende vor. Jeder, der nicht beim Flüchtlinge-Willkommen- und beim Klimarettungstheater begeistert mitmacht, ist schon verdächtig rechts. Äußert er Kritik daran oder steht gar dem freiheitlichen Lager nahe, wird er von der linken Twitteria-Meute als „Keller-Nazi“ ans Licht gezerrt und durchs mediale Dorf getrieben.

Österreich steht am Abgrund. Rechtspopulisten, Rechtsradikale, Rechtsextremisten und die Keller-Nazis der FPÖ greifen nach der Macht, die Pressefreiheit und allen voran der „unabhängige“ ORF sind in höchster Gefahr.

Das behaupten ernsthaft „Reporter ohne Grenzen“ und die Journalistenvereinigung Concordia. So wurde auch heuer das „europäische“ Recherche-Netzwerk „Europe‘s Far Right“, dem die strammen Linksauslegermedien „taz“, der „Falter“ oder „Libération“ angehören, prämiert.

Nur einigen wenigen stößt diese „Banalisierung des Bösen“ sauer auf, wie Hendryk Broder oder Chaim Noll, die dafür von der Links-Schickeria auch prompt ins rechte Eck denunziert wurden.

Aber Logik war nie eine Stärke der Linken, sie halten blind ihre überlegene Moral hoch – wie ihre neuen Verbündeten, die Islamisten den Koran.

Gebührenfinanzierte Fasch

Der Staatsfunk lässt bei der „Behandlung“ der Freiheitlichen das Objekti

Der mögliche Wahlerfolg patriotischer Parteien bei der kommenden EU-Wahl hat die Linken und ihren medialen Anhang inklusive ORF in Panik versetzt. Mit allen Mitteln versuchen sie jetzt die FPÖ ins Nazi-Eck zu drücken, so wie es Armin Wolf bei seinem „EU-Wahl“-Interview mit FPÖ-Spitzenkandidat vorexerzierte.

Das Selbstmitleid der Linken und ihrer medialen Zuträger wird immer erbärmlicher. Während sie die Freiheitlichen immer krampfhafter mit immer lächerlicher konstruierten „Einzelfällen“ in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken versuchen, beklagen sie andererseits die wachsende Gefahr für die Pressefreiheit.

Einmal Fabel, einmal Vergleich

Da wird die verunglückte Fabel – eine kurze Erzählung mit lehrhafter Tendenz, in der zumeist Tiere menschliche Eigenschaften und Verhaltensweisen verkörpern, so die Brockhaus-Definition – eines FPÖ-Lokalpolitikers von SPÖ-Chefin Rendi-Wagner zur menschenverachtenden NS-Propaganda erklärt. „Kurier“ und „Standard“ können es gar nicht fassen, dass der Arbeitgeber des FPÖ-Politikers diesen nicht umgehend gekündigt hat. Und sogar Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der die Gräben des Präsidentschaftswahlkampfes zuschütten wollte, beklagt: „Hetze gegen Mitmenschen ist inakzeptabel!“ – Und der ORF hält jedem Mit-Entrüster ein Mikrophon unter die Nase.

Kann sich jemand an einen Aufschrei erinnern, als Niederösterreichs Grünen-Chefin Helga Krismer im vergangenen November den FPÖ-Vizekanzler als Ratte bezeichnete?

Wolf und die EU-Wahl

Nicht minder investigativ wie Rendi-Wagner erwies sich „ZiB2“-Moderator Armin Wolf, der das Titelbild eines Folders der steirischen Freiheitlichen Jugend in vollem Ernst als Abbild einer antisemitischen Hetz-Karikatur des NS-Kampfblattes „Der Stürmer“ hinstellte. Das ganze übrigens im Rahmen der Präsentation der Parteien zur „EU-Wahl“.

Aber Herr Wolf hatte, wie er auf seinem Blog anmerkte, doch zwei Fragen zur EU-Wahl vorbereitet, nämlich zur künftigen gemeinsamen „Rechtsaußen-Fraktion“ im EU-Parlament und welche konkreten EU-Kompetenzen die FPÖ zurück zu den Nationalstaaten verlagern will. Aber diese fielen den „Zeitgründen“ zum Opfer. Wie gesagt, das war die Sendung zur Präsentation des FPÖ-Spitzenkandidaten Harald Vilimsky zur EU-Wahl.

„Der Fall ist ein weiteres Beispiel dafür, wie in der politischen und medialen Auseinandersetzung allzu leichtfertig Nazi-Vergleiche gezogen werden. Solche Fahrlässigkeit mündet letztlich in eine Banalisierung des Massenmords an den Juden durch die Nationalsozialisten“, notierte die „Neue Zürcher Zeitung“ unter dem Titel „Keine Sternstunde für Armin Wolf“.

Foto: screenshot ZIB2

„ZiB 2“-Moderator Armin Wolf inszenie
Anklage gegen die Freiheitlichen, sich

Angriff und Selbstmitleid

Der „ZiB 2“-Moderator konterte beleidigt mit dem Verweis, dass er bei dem Thema lieber „Experten“ vertraue, als dem „NZZ-Fernsehkritiker“ und empörte sich über die „KronenZeitung“ die diesen Kommentar auch noch zitierte.

Die Entrüstung Vilimskys („Das

SPITZE FEDER Unabhängigkeit und Objektivität à la ORF.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien; Freiheitlicher Parlamentsklub, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung: Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80; Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.); Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

ismusexperten

ivitätsgebot ganz provokant links liegen

erte das Interview mit dem FPÖ-Spitzenkandidaten zur EU-Wahl zu einer ständig der nazistischen Wiederbetätigung schuldig zu machen.

wird noch Folgen haben.“) und der FPÖ über dieses „Interview“ werteten Wolfs schreibende Kollegen natürlich prompt als Angriff auf die „Unabhängigkeit des ORF“ und des Journalismus als gesamten. ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz verteidigte Wolf amüsiert, dieser habe eben einen „markanten Stil und behandelt alle gleichermassen kritisch“.

Allerdings vermisste man diesen „kritischen“ Journalismus nach dem Massaker an Christen in Sri Lanka. Während ORF & Co nach dem Attentat in Christchurch die Identitären Bewegung quasi als Mittäter durchs mediale Dorf getrieben haben, gab es diesmal keine Sondersendungen zur Gefahr des islamistischen Terrors in Europa.

Bleibt abzuwarten wie der ORF und die linke Medienblase auf HC Straches Ankündigung reagiert, dass im Rahmen der Entlastung der Österreicher auch die GIS zur Debatte stehe: „Ich werde wie ein Löwe dafür kämpfen.“

Werden Armin Wolf und Konsorten jetzt das Thema „Die Bedeutung des Löwen im Nationalsozialismus“ abhandeln?

KURZ UND BÜNDIG

Foto: Parlamentsdirektion/Simonis

„Fake News“ aus „Karas-Land“

Entsetzt reagierte der FPÖ-Agrarsprecher Maximilian Linder (Bild) auf die Falschmeldung des EU-Spitzenkandidaten des Niederösterreichischen Bauernbundes, wonach laut einer „Online-Wahlhilfe“ (wahlkabine.at) die FPÖ nur mehr Biobauern fördern wolle: „Wenn ein Bauernbündler aus dem ‚Karas-Land‘ Niederösterreich in den EU-Wahlkampf ausrückt, um unsere Landwirte zu verunsichern, dann ist das nur ein durchschaubares Manöver kein verantwortungsvoller Umgang mit den Sorgen unserer Bauern!“

Freiheitlicher Familienverband

Nahezu einstimmig wurde von der Bundes-Delegiertenversammlung des Freiheitlichen Familienverbandes die Tiroler Abgeordnete Carmen Schimanek (Bild) zur neuen Obfrau gewählt. Schimanek löst damit die Dritte Präsidentin des Nationalrates, Anneliese Kitzmüller, in dieser Funktion ab. „Ich danke unserer Anneliese Kitzmüller für ihr Engagement in den letzten Jahren und freue mich auf diese neue Aufgabe, stellt doch die Familie in unserer Politik einen besonderen Schwerpunkt dar“ erklärte Schimanek.

Foto: Parlamentsdirektion/Simonis

Foto: Parlamentsdirektion/Simonis

Verantwortung? Nein, danke!

„Mit Kopfschütteln“ reagierte FPÖ-Verkehrssprecher Christian Hafenecker (Bild) auf die Kritik der grünen Wiener Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou am freiheitlichen Verkehrsminister Norbert Hofer: „Mit der Novelle zur Straßenverkehrsordnung wird den Städten erstmals die Möglichkeit gegeben, gefährliche Kreuzungen mit einem Rechtsabbiegeverbot für Lkw ohne Abbiegeassistenten zu erlassen. Anscheinend hat Frau Vassilakou der Mut verlassen, politische Verantwortung übernehmen zu können, die sie aber von den Freiheitlichen stetig einfordert“, erklärte der FPÖ-Verkehrssprecher.

AUFSTEIGER

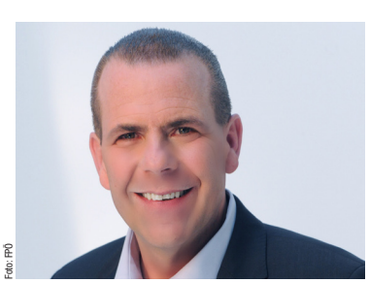


Foto: FPÖ

FPÖ-Generalsekretär und Spitzenkandidat zur EU-Wahl, **Harald Vilimsky**, der in der „ZiB 2“ die ungeheuren Anschuldigungen nationalsozialistischer Wiederbetätigung von Armin Wolf gegenüber der FPÖ energisch zurückwies.

ABSTEIGER

Foto: BKA

SPÖ-Bundesgeschäftsführer **Thomas Drozda**, der die „kritischen Interview-Fragen“ von „ZiB 2“-Moderator Armin Wolf verteidigte, und FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky Antworten als „Diffamierung“ Wolfs und des ORF wertete.

Foto: NFZ

BILD DER WOCHE

Löblicher Slogan der SPÖ, der aber nur für die EU gilt und nicht für die politische Auseinandersetzung in Österreich.

„Fleiß soll sich in Österreich wieder lohnen!“

Wir entlasten die Österreicher ohne neue Schulden und ohne neue Steuern mit einem sanierten Haushalt“, betonte Vizekanzler HC Strache zur Steuerreform. Und: ein Viertel der 8,3 Milliarden kommt Kleinst- und Kleineinkommen sowie Pensionisten zugute.

Faktor Arbeit wird jährlich um fünf Milliarden Euro entlastet:

Bereits kommendes Jahr werden die Krankenversicherungsbeiträge reduziert. 1,8 Millionen geringverdienende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, 1,8 Millionen Pensionistinnen und Pensionisten, 500.000 Selbstständige sowie Land- und Forstwirte werden durch diese Maßnahme im Gesamtausmaß von rund 900 Millionen Euro pro Jahr entlastet.

Eine weitere Maßnahme mit einer Entlastung in Höhe von 3,9 Milliarden Euro pro Jahr ist die Senkung der ersten drei Tarifstufen. Die derzeit geltenden 25, 35 und 42 Prozent werden auf 20, 30 und 40 Prozent gesenkt. Aufgrund unseres progressiven Steuersystems bedeutet diese Senkung eine Entlastung für alle der 4,8 Millionen Steuerzahler – insbesondere profitieren davon jene mit kleinen und mittleren Einkommen.

Das Werbungskostenpauschale, das bereits im Rahmen der Lohnverrechnung berücksichtigt wird, wird von bisher 132 Euro auf 300 Euro pro Jahr ab 2021 erhöht. Damit ersparen sich zusätzlich rund 60.000 Personen zukünftig die Abgabe einer Arbeitnehmerveranlagung.

Steuerreform entlastet Unternehmen mit mehr als 1,5 Milliarden Euro:

Das Kernstück bildet dabei die Senkung der Körperschaftssteuer. Während diese in den vergangenen Jahren in fast allen Nachbarländern gesenkt wurden, stammt der in Österreich geltende Körperschaftssteuersatz von 25 Prozent aus dem Jahr 2005. Um im internationalen Wettbewerb nicht an Attraktivität zu verlieren, wird die Körperschaftsteuer im Jahr 2022 um zwei Prozent von 25 Prozent auf 23 Prozent und um weitere zwei Prozent auf 21 Prozent im Jahr 2023. Daraus ergibt sich für österreichische Unternehmen ab 2022 eine Entlastung im Ausmaß von rund 800 Millionen. Euro und ab 2023 um 1,6 Milliarden Euro pro Jahr.

Darüber hinaus werden weitere Maßnahmen zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes gesetzt. So wird etwa der Grundfreibetrag, der für einkommensteuerzahlende Unternehmen die Steuerbemessungsgrundlage senkt, bis auf 100.000 Euro erweitert – Entlastung: 100 Millionen Euro.

Ebenso wird die Grenze von geringwertigen Wirtschaftsgütern von 400 Euro auf 800 Euro im Jahr 2020 und im Jahr 2021 auf 1.000 Euro erhöht, wodurch es zu einer Erleichterung der Sofortabschreibung kommt – Entlastung 300 Millionen Euro.

„Entlastung Österreich“ wird darüber hinaus eine Begünstigung für Mitarbeitererfolgsbeteiligungen in Höhe von maximal 10 Prozent des Gewinns und jährlich bis zu 3.000 Euro pro Arbeitnehmer enthalten – Entlastung: 100 Millionen Euro.

Auch die Kleinunternehmergrenze, also jene Umsatzgrenze, ab der Umsatzsteuerpflicht besteht, wird von derzeit 30.000 auf 35.000 Euro erhöht.

Zudem soll es für diese Unternehmen zukünftig auch eine einfache Pauschalierungsmöglichkeit im Bereich der Einkommensteuer geben – Entlastung: 75 Millionen Euro.

Nicht zuletzt wird die Forschungsprämie ausgeweitet, wobei allen voran Einzelunternehmer und Gesellschafter von Personengesellschaften profitieren werden.

Umfassende Maßnahmen zur Vereinfachung und im Umweltbereich:

Mit „Entlastung Österreich“ setzt die Bundesregierung bereits ab dem Jahr 2020 Maßnahmen im Umweltbereich. So wird die NoVA aufkommensneutral, sozial verträglich und ökologisch umgestaltet. Die Steuerbelastung wird abhängig vom CO2-Ausstoß sein.

Die Eigenstromsteuer für Photovoltaikanlagen abgeschafft. Auch Biogas, Wasserstoff und LNG werden steuerlich begünstigt – nachhaltig produzierter Wasserstoff und Biogas werden steuerfrei.

Foto: NFZ

Entlastung ohne n

Österreichs Steuerzahler werden durch das Refor

Die Steuerreform ist fair und sozial gerecht, Fleiß soll sich wieder lohnen“, betonte FPÖ-Vizekanzler HC Strache bei der Präsentation des Herzstücks der Reformbestrebungen der Bundesregierung. Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs hat maßgeblich dafür gesorgt, dass die Reform eine „starke blaue Handschrift“ trägt.

Was ist der große Unterschied zu den bisherigen „Steuerreformen“? „In der Vergangenheit wurden Steuerreformen vor allem durch eine Neuverschuldung oder durch neue Steuern finanziert. Wir sorgen hingegen für eine ehrliche und nachhaltige Entlastung. Wir stärken die kleinen und mittleren Einkommen, aber auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen“, erklärte Staatssekretär Hubert Fuchs die Entlastungsreform der türkis-blauen Koalition.

Die 8,3-Milliarden-Euro-Reform

Bis 2022 bleiben den österreichischen Steuerzahlern damit insgesamt 8,3 Milliarden Euro mehr pro Jahr von ihrem sauer verdienten Lohn in den Taschen. Und damit sich diese Entlastung fortsetzt, soll auch die „kalte Progression“, Einkommensverluste durch Vorrückungen in höhere Steuerstufen, noch entschärft werden.

Wohlgemerkt, das ist erst die bisher fixierte Entlastung über die Steuerreform. „Das heißt nicht, dass damit das Entlastungsprogramm, das wir im Wahlkampf versprochen und im Regierungsprogramm festgelegt haben, beendet ist“, kündigte HC Strache das Festhalten der Koalition an ihrem „Sparen am System um die Steuerzahler zu entlasten“ an.

Soziale Ausgewogenheit

Dass man die „kalte Progression“ noch nicht jetzt angegangen ist, sondern die unteren Steuerstufen senken wird, begründete der FPÖ-Vizekanzler mit dem sozialen Aspekt: „Von der Abschaffung der ‚kalten Progression‘ hätten in erster die höheren Einkommen profitiert. Daher haben wir Freiheitliche als soziale Heimatpartei unser Augenmerk auf eine spürbare Entlastung der Klein- und Mitteleinkommen gelegt.“

„Mit dieser Steuerreform – und das ist mir als ehemaliger Steuerberater ein besonderes Anliegen – sorgen wir nicht nur für eine Ent-

Im Teamwork zur bisher umfangreichsten Steuerreform der letzten Jahrzehnte. Die türkis-blaue Koalition setzt eine echte Steuerentlastungsreform um, ohne neue Schulden und ohne „Steuerumschichtung“.

eue Schulden oder Steuern

mprogramm ab 2022 mit insgesamt 8,3 Milliarden Euro pro Jahr entlastet

lastung von Steuern und Abgaben für alle, sondern auch für eine Befreiung von bürokratischem Ballast und staatlichen Hürden, indem wir für Vereinfachungen im Steuerrecht sorgen und die Anzahl der Steuererklärungen für Unternehmer und Arbeitnehmer um bis zu 460.000 Stück reduzieren“, weist Fuchs auf die Umsetzung eines weiteren freiheitlichen Anliegens hin.

Denn die Steuerreform ist nicht nur eine Entlastungsreform, sondern auch eine Entbürokratisierungsreform. „Mit der ‚Entlastung Österreich‘ sorgen wir auch für eine Befreiung von bürokratischem Ballast und staatlichen Hürden durch Vereinfachungen im Steuerrecht. So wurde etwa das Einkommenssteuergesetz über 30 Jahre lang permanent geändert, aber nie strukturell erneuert“, zeigte Fuchs die Versäumnisse der Vorgängerregierungen auf.

Gesetzesdschungel gelichtet

Nach über 160 Novellen sei die Gesetzesmaterie durch die zahlreichen Ausnahme- oder Sonderbestimmungen „hoch komplex“, erinnert der FPÖ-Staatssekretär: „Daher kommt es nun zu einer Modernisierung und Vereinfachung des Steuerrechts, einer Erhöhung der Anwenderfreundlichkeit sowie einer Erleichterung der Vollziehung.“

Wirtschaftsanreize/Arbeitsplätze

Neben der Entlastung der Arbeitnehmer sieht der Reformvorschlag auch eine der Arbeitgeber, der Unternehmen vor. „Mit unseren Maßnahmen zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes stärken wir vor allem unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dabei entlasten wir unsere Unternehmer nicht nur finanziell, sondern sorgen auch für Entbürokratisierung sowie Vereinfachungen und machen ihnen dadurch den Arbeitsalltag deutlich einfacher“, zeigte der vormalige Steuerberater und Steuerrechtsexperte auf, wessen Handschrift diese Reform trägt.

HC Strache bezeichnete die Steuerreform als „großen Wurf mit Hausverstand“ der „mehr Fairness und Gerechtigkeit“ für Arbeiter, Familien, Pensionisten und Kleinunternehmer bringe:

Entlastung Österreich | Persönliche Entlastung

	Arbeitnehmer		Pensionisten	
Monatsbezug brutto	Entlastung pro Jahr		Entlastung pro Jahr	
500 €	100 €	10 %	100 €	28 %
1.100 €	283 €	12 %	241 €	28 %
1.500 €	528 €	14 %	509 €	22 %
2.000 €	660 €	9 %	658 €	13 %
2.500 €	722 €	7 %	873 €	12 %
3.000 €	968 €	7 %	1.063 €	11 %
3.500 €	1.132 €	7 %	1.177 €	9 %
4.000 €	1.231 €	6 %	1.291 €	8 %
4.500 €	1.329 €	6 %	1.405 €	8 %
5.000 €	1.427 €	5 %	1.519 €	7 %
5.500 €	1.538 €	5 %	1.580 €	7 %
6.000 €	1.661 €	5 %	1.580 €	6 %
6.500 €	1.661 €	5 %	1.580 €	5 %

Grafik: BMF

Mehr Netto vom Brutto für alle österreichischen Arbeitnehmer.

Foto: BMF

POLITIK ANALYSIERT

Hubert Fuchs
FPÖ-Finanzstaatssekretär

Mit dieser Steuerreform entlasten wir die Österreicher nachhaltig, fair und gerecht. Niemals zuvor wurden Geringverdiener in diesem Ausmaß entlastet.

Wir servieren den Österreichern auch keine Mogelpackung, die mit der rechten Hand gibt und mit der linken Hand über neue Belastungen das Geld wieder abnimmt – so wie das zuletzt unter dem SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann bei der Steuerreform 2015/2016 der Fall war.

Fair UND gerecht

1,8 Millionen Arbeitnehmer, 1,8 Millionen Pensionisten und 500.000 Selbständige und Bauern profitieren von der Senkung der Krankenversicherungsbeiträge. Alle 4,8 Millionen Steuerzahler profitieren von der Senkung der Einkommensteuer.

Wir halten unser Versprechen und entlasten die kleinen und mittleren Einkommensbezieher. Mehr als 75 Prozent oder 5 Milliarden Euro des Gesamtvolumens der Steuerentlastung entfallen auf die Arbeitnehmer.

Wenn ich „fair und gerecht“ sage, dann deswegen, weil wir unsere Steuerreform nicht durch neue oder höhere Steuern „gegenfinanzieren“ und auch nicht auf Pump, also über Schulden zu Lasten zukünftiger Generationen.

Wir stärken die kleinen und mittleren Einkommen, die Pensionen sowie auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen, damit Arbeitsplätze in Österreich erhalten und neue geschaffen werden können.

Und, das freut mich als Steuerexperte besonders: Erstmals seit 30 Jahren durchforsten wir das Steuerrecht. So können wir unseren Weg des Sparens im System über weniger Bürokratie fortsetzen.

Foto: NFZ

HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Die vergangene Plenarwoche stand im Zeichen der „Mindestsicherung-Neu“, die von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein erarbeitet worden ist. Damit soll der Zuzug von Wirtschaftsflüchtlingen gebremst und der Missstand, dass arbeitende Menschen in manchen Fällen weniger Geld zur Verfügung haben als nichtarbeitende, beseitigt werden.

Der große Unterschied

Die SPÖ versuchte mit dem Thema „Rechtsextremismus“ das seit Wochen laufende FPÖ-Bashing fortzusetzen. Ohne Erfolg. Der Begründer der Dringlichen Anfrage, Jörg Leichtfried, war nicht in der Lage, seine Redezeit von zwanzig Minuten auch nur annähernd auszuschöpfen: Wo nichts ist, kann nichts vorgetragen werden.

Von den Koalitionsparteien wurde ein Entschließungsantrag eingebracht und angenommen: „Die Bundesregierung wird ersucht, zu prüfen, ob im Rahmen der im österreichischen Bildungswesen zur Anwendung gelangenden Lehrmaterialien ausreichend vor totalitären Schriften und allenfalls damit in Verbindung stehenden Verschwörungstheorien gewarnt und über deren Ursachen und Wirkungen aufgeklärt wird“.

Abgelehnt wurde hingegen ein Antrag der Liste Jetzt, wonach die Österreicher vor der „rechtsextremen Verschwörungstheorie“ des „so genannten großen Austausch“ gewarnt werden sollten.

Allein der Vergleich dieser kleinen Beispiele aus der parlamentarischen Praxis zeigt sehr schön den Unterschied zwischen linker Inszenierung und seriöser Arbeit. Die FPÖ wird diesen Weg weiter gehen.

BILDUNGSPOLITIK

Lehrermangel bekämpfen

FPÖ und ÖVP wollen den Lehrermangel bekämpfen. deshalb sollen Lehrkräfte, die eine universitäre Lehramtsausbildung nach dem altem Studienplan abgeschlossen haben, künftig regulär an Mittelschulen und Polytechnische Schulen angestellt werden können. Derzeit können für höhere und mittlere Schulen ausgebildete Lehrer nur über Sonderverträge an Pflichtschulen arbeiten, heißt es im Initiativantrag der Koalitionsparteien.

Foto: NFZ

SOZIALPOLITIK

Pensionskommission

Die Koalition will die Zusammensetzung der Alterssicherungskommission adaptieren. Neben Experten der Sozialpartner, der Industriellenvereinigung, des Seniorenrats und der Bundesjugendvertretung – sollen auch vier von den zuständigen Ministerien nominierte Experten ein Stimmrecht haben.

Nationalrat beschloß neues Sozialhilfegesetz

„Sozialhilfe Neu“ bringt mehr soziale Gerechtigkeit für Österreicher

Nach einer hitzigen Debatte beschloss der Nationalrat mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP die „Mindestsicherung Neu“ (Sozialhilfe) am Donnerstag vergangener Woche.

Mit teils abenteuerlicher Argumentation versuchte die Opposition, das zu beschließende neue Sozialhilfe-Grundsatzgesetz schlechtzureden. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner malte gar „den Weg ins soziale Elend für 70.000 Kinder“ an die Wand, die künftig von 1,50 Euro pro Tag leben müssten. Ex-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek wiederum sah die große Frauenarmut heraufdämmern, ihr Kollege Mario Lindner gar einen Verstoß gegen Rechtsvorschriften der EU.

Foto: NFZ

Hartinger-Klein wies die Unterstellungen der Opposition zurück.

Sozialministerin Beate Hartinger-Klein reagierte auf die Unterstellungen der Opposition: Mit dem neuen Gesetz werde der Leistungs-Fleckerlteppich durch einen bundeseinheitlichen Rahmen ersetzt, der den Ländern dennoch einen Spielraum bei der Durchführung lässt: „Mehr Fairness, mehr Chancen und mehr Gerechtigkeit!“

SPÖ auf Rechtsextremisten-Jagd

Ihre politische Inhaltsleere zeigte die SPÖ vergangene Woche mit Stolz im Nationalrat auf, mit ihrer Dringlichen Anfrage an Sebastian

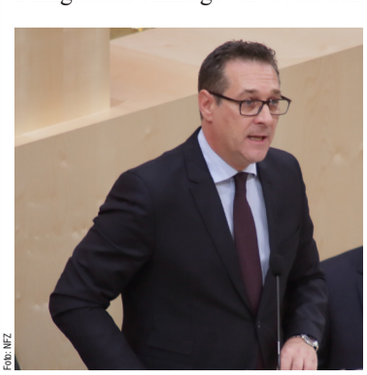


Foto: NFZ

Kurz unter dem Titel „Bekämpfung des Rechtsextremismus in all seinen Formen – klares Bekenntnis zur Europäischen Union – klares Bekenntnis zur liberalen Demokratie und zum Rechtsstaat“ – und einem Misstrauensantrag an Vizekanzler HC Strache (Bild).

Der Kanzler weilte – wie allen bekannt war – zu einem Staatsbesuch in China, was der Entrüstung der SPÖ über dessen Absenz aber keinen Abbruch tat. Und den Misstrauensantrag begründet die SPÖ mit den „Verstrickungen der Freiheitlichen“ mit den „berüchtigten rechtsextremen Identitären“, sowie der angekündigten EU-Allianz mit der Lega Nord, Le Pens Rassemblement national und der deutschen AfD. Das seien Parteien, die „die Europäische Union schwächen bzw. zerstören“ wollten.

HC Straches Antwort: „Niemand will die Europäische Union zerstören. Aber dass es massiven Reformbedarf gibt in der EU, werden ja wohl nicht einmal Sie selbst leugnen. Denn dazu müssten Sie wirklich völlig betriebsblind sein.“ Der Misstrauensantrag, den Grüne, Neos und „Liste jetzt“ unterstützten, wurde von FPÖ und ÖVP zurückgewiesen.

Gegen die rot-schwarze Arroganz in Brüssel!

Mehr Österreich weniger EU! – EU-Wahlkampfauftakt der FPÖ mit rot-weiß-roten Warnwesten

Am 26. April – genau einen Monat vor der EU-Wahl – hat die FPÖ ihren Wahlkampfauftakt in der Wiener Lugner City absolviert. Die rot-weiß-roten Warnwesten mit der Aufschrift „Mehr Österreich, weniger EU“ verdeutlichen die Linie der FPÖ zu dieser Wahl.

„Es braucht eine rot-weiß-rote Handschrift in Brüssel!“, erklärte der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus den Slogan und die politische Stoßrichtung der Freiheitlichen. Denn aufgrund der politischen Entwicklung in Europa nach der Masseneinwanderung 2015 gebe es diesmal die Möglichkeit, das rot-schwarze Machtmonopol in der EU aufzubrechen.

„Die Bürger haben diesmal die Chance den Zentralismus abzuwählen und die EU zu einer Partnerschaft der einzelnen Staaten auf Augenhöhe zu machen, wie es deren Gründerväter eigentlich vorgesehen hatten“, erklärte FPÖ- Spitzenkandidat Harald Vilimsky. Stattdessen habe der scheidende EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der nicht nur wegen seiner latenten „Ischias-Probleme“ immer wieder negativ aufgefallen sei, die Entmachtung der Mitgliedsländer hin zu Zentralisierung der Union in den Händen der Kommission vorangetrieben.

Schluss mit EU-Zentralismus

Und gerade in Österreich stünden die politischen Mitbewerber als „kleine Junckers“ für die Fortsetzung dieses Kurses in den Startlöchern, allen voran Othmar Karas von der ÖVP und Andreas Schieder von der SPÖ, warnte Vilimsky: „Aber wir liegen in den Umfragen viel, viel besser, als es diese Zentralisten haben wollen. Denn die Österreicher haben genug von der Entmachtung des von ihnen gewählten Parlaments und der türkis-blauen Reformkoalition.“

Foto: FPÖ

HC Strache und Vilimsky: Rot-Weiß-Rot statt Brüssel-Blauäugigkeit.

Der freiheitliche Vizekanzler und FPÖ-Obmann HC Strache appellierte an die Österreicher, am 26. Mai zur Wahl zu gehen und rot-weiß-rote Interessen mit einer Stimme für die FPÖ zu stärken: „Wer am 26. Mai zu Hause bleibt, könnte am 27. Mai aufwachen und im Radio hören, dass Rot-Grün gewonnen hat und nun doch die Türkei Mitglied in der EU wird.“

FPÖ TEAM ROT-WEISS-ROT FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT

Foto: NFZ

Harald Vilimsky

Weniger Einfluss für EU-Lobbyisten

25.000 Lobbyisten sorgen in Brüssel dafür, dass ihre Interessen in den EU-Institutionen Gehör finden. 948 Unternehmens- und Branchenverbände haben hier Büros, 645 Unternehmen sowie 444 Lobbyagenturen und Lobbykanzleien. Dazu kommen noch 244 Berufsverbände und Gewerkschaften und 454 Nichtregierungsorganisationen. Das alles listet der diese Woche präsentierte „EU-Lobbyreport 2019“ von Lobbycontrol auf.

„Es fehlen wirksame Regeln, um Konzerneinflüsse über einseitig besetzte Expertengruppen, unausgewogene Lobbytreffen oder informelle Kanäle zu begrenzen“, kritisiert der Bericht. „Die Macht der Konzerne in Europa ist eindeutig zu groß“, sagt die Geschäftsführerin, Imke Dierßen, offen: „Teilweise können Konzerne Gesetze und politische Prozesse regelrecht kapern.“

Deshalb ist es höchste Zeit, für klare Verhältnisse zu sorgen: Die Eintragung ins Lobbyregister – bislang nicht verpflichtend – sollte fix vorgeschrieben werden, um für mehr Transparenz zu sorgen. Eine sogenannte „legislative Fußspur“, die den Einfluss von Lobbygruppen auf die EU-Gesetzgebung sichtbar macht, ist sinnvoll. Die Regeln für den Wechsel von EU-Politikern und Beamten in die Wirtschaft müssen verschärft werden. Bei illegaler Einflussnahme auf Entscheidungsträger in den EU-Institutionen soll es härtere Strafen geben. Kurz: Der Einfluss von Lobbyisten in der EU muss zurückgedrängt werden.

Deutsche Angst vor einem Rechtsruck bei EU-Wahl

Die EU-Wahl scheint der Wahrnehmung von „gefährlichen rechten“ Strömungen enorm sensibilisiert zu haben. So hat die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD letzte Woche eine neue 300 Seiten starke Studie zum Rechtsextremismus veröffentlicht.

Warnender Inhalt der Studie: Der „Rechtsextremismus“ greift bereits in der Mitte der Gesellschaft. Diese These sieht das SPD-Institut durch „ernsthafte wissenschaftliche Diskussionen“ anerkannt. Mit anderen Worten: Alles rechts von SPD, Grünen, Die Linke und CDU ist bereits rechtsextremes Milieu.

Dabei erfolge das Abdriften nach „rechts“ bereits durch den „gefühlten Mängel“, wonach es „der eigenen nationalen Bezugsgruppen“ immer schlechter ginge, während „angeblich andere ohne Leistung alles bekämen“.

Die Studie war aber derart einfach gestrickt, dass sogar dem Moderator des „Heute-Journals“, Klaus Kleber – ansonsten bekennender Gläubiger der Berliner Koalition – Zweifel aufkamen. Nur gingen seine Fragen an eine der Studienautorinnen zur Seriosität der Studie – Ist schon Rechtspopulist, wer „Recht und Ordnung” will? Oder korrekte Asylbehörden statt großzügige? – nicht auf Sendung, sondern wurden herausgeschnitten.

Um sich die Blamage zu ersparen, veröffentlichte er das „ungeschnittene“ Interview in den sozialen Medien.

Foto: AfD

Linkes Hassobjekt: AfD-Wähler.

Holen wir uns unse
Bürokraten und Ze

FPÖ mobilisiert bei ihrer 1.-Mai-Feier in Linz für di

Foto: eventfoto.at/Andreas Maringer

Die FPÖ und die verbündeten patriotischen Kräfte in den Mitgliedstaaten sa
eine Reform der EU möglich: Weg von diesem zentralistischen Moloch, hin

Während die anderen Parteien das Weltrettungspotential der EU den Wählern unter die Nase reiben wollen, hält die FPÖ an ihrem Kurs fest: Österreich zuerst! Das bestätigten Parteichef HC Strache und Spitzenkandidat Harald Vilismky auch bei der diesjährigen 1.-Mai-Feier auf dem Urfahraner Jahrmarktgelände in Linz.

Auch heuer zeigte die traditionelle 1.-Mai-Veranstaltung der FPÖ mit Bundesparteiobmann HC Strache, dem freiheitlichen Spitzenkandidaten Harald Vilimsky und Oberösterreichs FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner mit über 5.000 Besuchern am Urfahraner Jahrmarkt in Linz wer die soziale Heimatpartei der Österreicher ist.

Lassen uns nicht einschüchtern!

„Es ist ein Gebot der Vernunft, einen klaren Kopf zu behalten und eine Situation korrekt zu analysieren und den Mut zu haben, das Ergebnis dieser Analyse auch gelten zu lassen. Wir verteidigen die Vernunft und unsere Heimat!“, wies Haimbuchner die Angriffe und „Fake News“ der Linken und der Eurokraten an der Politik der FPÖ zurück.

Die FPÖ trete für Demokratie ein, und lehne jeden Extremismus von links und rechts ab, betonte Oberösterreichs Landesparteiobmann: „Wir treten für eine Demokratie ein, in der Meinungsfreiheit herrscht und in der der Wähler bestimmt!“

Und der Wähler habe den Kurswechsel in Österreich bestimmt, sagte Vizekanzler HC Strache. Er griff auch gleich das Hauptthema der anderen Parteien zu dieser EU-Wahl auf, den von Brüssel verordneten „Kampf gegen Rechts“. Er sei kritisiert worden, weil er das

Harald Vilimsky appellierte an die Öste
und für die FPÖ und somit für eine Re

er Europa von den ntralisten zurück!

ie Wahl zum Europaparlament am 26. Mai

agen den rot-schwarzen Zentralisierern den Kampf an. Nur mit ihnen ist zu dem von den EU-Gründervätern gewollten Europa der Vaterländer!

Wort „Bevölkerungsaustausch“ verwendet habe. „Den Begriff verwenden wir seit 1993, seit wir auf Fehlentwicklungen hinweisen“, sagte er und seit der von der EU geförderten illegalen Massenzuwanderung 2015 habe die Mehrheit der Österreich das auch zu spüren bekommen.

Ein Europa für die Bürger

„Ich lasse mir den Mund nicht verbieten, wir wollen nicht zu einer Minderheit in der eigenen Heimat werden, dafür sind wir gewählt worden“, betonte er unter dem Beifall der Zuhörer und erinnerte daran, dass „der beste Innenminister“ Herbert Kickl diesen Kurswechsel auch in der EU eingeläutet habe.

„Wir wollen keinen zentralistischen Bundesstaat, wir wollen ein föderales Europa der Vaterländer, das sich auf wesentliche Aufgaben konzentriert“, korrigierte Spitzenkandidat Harald Vilimsky die Vorwürfe, das die FPÖ und ihre Bundesgenossen die EU zerstören wollten: „Im Gegenteil, wir wollen ein Europa, das schützt und in wesentlichen Fragen die Souveränität der Länder anerkennt - und dafür erwarten wir uns eine deutliche Stärkung unserer Position durch die Bürger!“

Er appellierte an die Zuhörer, an dieser Wahl teilzunehmen, damit das Ziel der patriotischen Kräfte Europas, das Brechen der rot-schwarzen Machtstrukturen auch in Brüssel auch gelinge. Nur so lasse sich der zentralistische Wahn mit der Überregulierung aus Brüssel beenden. „Lasst euch nicht einreden, dass unsere Allianz etwas zerstören will. Wir wollen ein Europa, in dem Staaten auf Augenhöhe regieren und nicht mehr Personen wie ein Jean-Claude Juncker über die Interessen der Mitgliedsstaaten drüberfahren und die Grenzen weiter offen bleiben!“

Foto: eventfoto.at/Andreas Maringer

erreicher, an dieser Wahl teilzunehmen form der Union zu stimmen.

KURZ UND BÜNDIG

Foto: WFZ

Patt in Spanien nach Wahl

Die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) ging mit 28,7 Prozent der Stimmen als stärkste Kraft aus der sonntägigen Parlamentswahl in Spanien hervor. PSOE-Ministerpräsident Pedro Sánchez verfehlte aber mit seinen Koalitionspartnern, Sozialisten und Unidos Podemos, die absolute Mehrheit, da diese Stimmenverluste erlitten. Schwere Verluste gab es auch für die Volkspartei (PP), die mit 16,7 Prozent fast halbiert wurde. Der Gewinner der Wahl ist die rechtspopulistische Partei „Vox“ die bei ihrem Erstantritt sofort 10,3 Prozent der Stimmen erreichte. Aber auch der bürgerliche Block (PP, Vox und Liberal-Konservative) verfehlte die Mandatsmehrheit im Parlament.

Zoff bei Deutschen Grünen

Foto: Facebook.com/ClaudiaRoth

Die frühere Grünen-Chefin Claudia Roth (Bild) hat den parteikritischen Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer nahegelegt, die Grünen zu verlassen. „Ich glaube, er hat sich Lichtjahre von den Grünen und vielen ihrer Grundüberzeugungen entfernt. Die Methode Palmer ist narzisstische Egomanie“, sagte ausgerechnet Roth, die mit ihren oft gnadenlos naiven Kommentaren Spott in den Medien erntete. Ausgerechnet dem direktdemokratisch gewählten Palmer, der die wachsende Realitätsferne der Partei beklagte, warf Roth vor, nicht zu wissen, was demokratische Verantwortung bedeute.

TERMINE

Mai 6 Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen

Die FPÖ Donaustadt lädt am Montag, dem 3. April 2019, zum Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen ins Gasthaus „Vorstadtwirt“ (Schüttaustraße 64, 1200 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

Mai 7 Bezirksteilstammtisch Stadlau

Die FPÖ Donaustadt lädt am Dienstag, dem 7. Mai 2019, zum Bezirksteilstammtisch Stadlau ins Gasthaus Selitsch (Konstanziagasse 17, 1200 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

Mai 8 Stammtisch der FPÖ Landstraße

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 8. Mai 2019, zum Stammtisch mit Vortrag von Stadträtin Ursula Stenzel zur EU-Wahl in ihr Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

Mai 8 Stammtisch der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 8. Mai 2019, zum Stammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

Mai 9 Seniorenstammtisch in Meidling

Die FPÖ Meidling lädt am Donnerstag, dem 9. Mai 2019, zum Seniorenstammtisch mit Bezirksrätin Elisabeth Bäcker ins Restaurant „Bierstöckl“ im Areal Schloss Hetzendorf (Hetzendorferstraße 79,1120 Wien) Beginn: 15.00 Uhr.

Mai 10 Vortrag zu Heimat und Identität

Die Österreichische Landsmannschaft lädt am Freitag, dem 10. Mai 2019, zum Vortrag von Wolfgang Dvorak-Stocker „Heimat und Identität in Europa“ in den Festsaal im „Haus der Heimat“ (Steingasse 25, 1030 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

LESER AM WORT

Mit Blindheit geschlagen

HC Strache hat vollkommen zu Recht den Begriff des Bevölkerungsaustausches verwendet: Denn Jeder, der nicht mit Ignoranz oder Blindheit geschlagen ist, sieht täglich, wie es in Österreich zugeht. Welcher arbeitende Österreicher kann sich 5 Kinder, eine entsprechend grosse Wohnung und einen dicken Mercedes leisten? Wenn hier nicht konsequent mit harten Mitteln – wie derzeit – durchgegriffen und dem von links geförderten Asylmissbrauch Einhalt geboten wird, sind wir wirklich bald eine Minderheit im eigenen Land!

J.G.Ehrenreich, Wien

Foto: Franz M. Haas

„Kampfmaschine“ SPÖ

Wiens SPÖ-Bürgermeister möchte seinen politischen Gegnern, wie er in Fortsetzung unfreiwilliger Kern-Komik hinausposaunte, zeigen was er und seine Partei draufhaben: Genau das ist zu befürchten, durfte man doch die letzten Jahre schon dieses Idiotenmanagement auskosten, mit dem die „Kampfmaschine“ Ludwig mit dem Ignorieren exakter Wissenschaften und Wahrscheinlichkeitsrechnungen zu einer einzigen Denunziantenpartei verkommen ist. Diese Kampfmaschine ist lediglich ein Schmutzkatapult, das sich nur mehr als absurde Sprachpolizei betätigt, die in Alltagssprache schon böse Nazibauten sieht.

Armin, Schütz, Wien

Vorsicht: Satire von links!

Die Pressefreiheit scheint gefährdet, sollte diese nur mehr der „geistreichen Linke“ überlassen werden. Da wird jede noch so „tiefsinnige“ Beleidigung auch noch heftigst beklatscht, um den enormen Druck auf die veröffentlichte Meinungshoheit gewisser Journalisten samt Oppositionsfunk etwas abzufedern.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck

Blaue „Skandale“ ohne Ende

Es scheint kein Ende zu nehmen: HC Strache wurde vor wenigen Tagen in einem Lebensmittelladen für vegane Produkte gesichtet, die Staatsanwaltschaft ermittelt bereits, schließlich war Hitler Vegetarier. Auch soll ein freiheitlicher Funktionär aus Kleinunterpfaffleiten einen Linksscheitel tragen, in Oberösterreich ein blauer Gemeinderat gar am 20. April Geburtstag haben. Der Wolf und das Rotkäppchen, die unmärchenhaft gemeinsam unter einer falterigen Standard-Decke stecken, haben in Ausübung ihrer Pflicht den Rücktritt der Bundesregierung und die Auflösung der FPÖ gefordert!

Arno Malik, Gunskirchen

Foto: NFZ

Wiener Identitätsproblem

Parteien, die in Wien seit Jahren Anhänger des IS einbürgern, um „neue Wähler“ in Gemeindebauten unterzubringen und mit unserem Steuergeld zu verhätscheln, wären gut beraten in sich zu kehren, da es ein Großteil der Österreicher satt hat, wenn „Wiener IS-Terroristen“ ungehindert in den Krieg ziehen konnten, und sich dann in Videos als Halsabschneider und Mörder feiern lassen! Da scheinen gewisse Parteien in Wien kein „Identitätsproblem“ zu haben.

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

○ Halbjahrespreis € 15,- ○ Jahrespreis € 30,- ○ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
○ Auslandsjahresbezug € 73,- ○ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**: _____

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN

FPÖ-Protest gegen Simas Prestige-Straßenbahn

Simmeringer FPÖ machte auf Simas Millionenvergeudung aufmerksam

Nachdem die Stadtregierung die Endschleife der Linie 6 wegen Bürgerprotesten im derzeit noch „roten Favoriten“ vor der Wien-Wahl nicht umsetzen will, soll das Kuckucksei nun dem FPÖ-geführten Simmering untergeschoben werden.

Foto: FPÖ Simmering

Geballter blauer Protest in Simmering gegen rot-grünes Drüberfahren.

Gegen die aktuelle „Lösung“ von SPÖ-Stadträtin Uli Sima regte sich heftiger Widerstand in Simmering, über alle Parteigrenzen hinweg: In der Bezirksvertretungssitzung vom 6. März sprachen sich FPÖ, ÖVP, Grüne und ein Parteifreier – und damit eine Mehrheit der Bezirksräte – gegen die Zwangsbeglückung aus dem rot-grünen Rathaus aus.

Simmeringer gegen Rathaus

Denn die aufwendig zu bauende Schleife (die NFZ berichtete) bei der Kreuzung Geiselbergstraße/Geiereckstraße würde monatelange Bauarbeiten, ein dauerhaftes Verkehrschaos sowie eine Kostenexplosion in Millionenhöhe zur Folge haben, führte FPÖ-Bezirksvorsteher Paul Stadler die Argumente der Simmeringer ins Feld. Die ursprünglich geplante Bauzeit von drei Wochen würde sich auf ein halbes Jahr verlängern, da die unter der geplanten Schleife liegenden Rohre der Fernwärme Wien aufwendig umgeleitet werden müssten. Auch die Nutzungsmodalitäten der Grundstücke für den Bau, deren Eigentümerin die ASFINAG ist, seien ungeklärt. „Mittlerweile liegen die zu erwartenden Kosten für die rote Chaosschleife bei fast 10 Millionen Euro“, warnte Stadler und führte die einfachere und vom Bezirk akzeptierte Lösung an: Man belässt die Streckenführung der Linie 6 und verlängert die Linie 71 bis Kaiserebersdorf.

FPÖ: Prüfung des Gesundheitssystems!

Die Wiener Freiheitlichen planen als Folge der Erkenntnisse aus der Untersuchungskommission zum milliardenschweren Bauskandal Krankenhaus Nord eine Untersuchung zur Klärung aller Missstände im Wiener Gesundheitswesen.

„Zu prüfen gibt es hinsichtlich der rot-grünen Wiener Gesundheitspolitik wahrlich genug“, betont der geschäftsführende Landesparteiobmann Johann Gudenus: Unzumutbar lange Wartezeiten auf nötige Untersuchungen und Operationen, überfüllte Ambulanzen, die Abweisungen von Patienten zur Folge haben oder überfordertes Krankenhauspersonal, das von der rot-grünen Gesundheitspolitik im Stich gelassen wird. „Die Liste der zu prüfenden unsäglichen Zustände in den städtischen Krankenanstalten ist lang“, bemerkte dazu FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp. Einsetzen werden die Wiener Freiheitlichen diese Untersuchungskommission zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

„Rot-Grün darf davon ausgehen, dass wir für lückenlose Aufklärung der herrschenden Missstände unter politischer Verantwortung der Stadtregierung sorgen werden und unseren Fokus sowohl auf das Wohl der Patienten, als auch auf die Bedürfnisse des Personals in allen städtischen Krankenanstalten legen“, kündigte Nepp an.

Foto: Franz M. Haas

Dominik Nepp: „Lückenlose Aufklärung aller Missstände!“

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff

Zur Zeit finde ich in Wien sehr viele Menschen, die etwas suchen.

Zum Beispiel sehe ich den Herrn Schieder. Er ist auf der Suche nach Wählern für die EU-Wahl. Er tut's ein bisserl ungeschickt. Ein breites aufgesetztes Grinsen und die Verteufelung der Roten, die etwa im Burgenland mit den Blauen koalieren, wird nicht reichen.

Wer suchet, der findet?

Ich sehe den Gleichgesinnte suchenden Herrn Hacker. Wo er auftritt, wächst kein Gras mehr, und wenn er auf die bösen Blauen einhackt, gerät er derart in Rage, dass er in seiner Sprache einem wildgewordenen Hutschenschleuderer gleichkommt.

Da sehe ich die Frau Rendi. Krampfhaft sucht sie nach einer dritten Körpersprache. Bisher war sie nur beim Hochsprung anlässlich scheinbarer Rot-Erfolge oder mit besorgtem Antlitz ob der blauen „Spaltung der Bevölkerung“, die in Wirklichkeit von ihr versucht wird, zu erleben.

Ich sehe auch Herrn Ludwig, wie er auf seiner Fahndung nach einer Absoluten bei der nächsten Wien-Wahl den Bürgernahen mimt. Nur nebenbei: Auch er schert sich, wie sein Vorgänger, nicht um die von der Miniermotte bedrohten Kastanienbäume der Stadt.

„Durch Suchen und Irren lernt man“, sagt Goethe. Na hoffentlich.

NIEDERÖSTERREICH

Aufwachen, ÖVP!

Die ÖVP Niederösterreich müsse endlich aufwachen und den Ernst der Lage erkennen, anstatt den Personalmangel im Gesundheitsbereich herunterzuspielen, empörte sich FPÖ-Klubobmann Martin Huber über die fortgesetzte Verharmlosung der Probleme in den Niederösterreichischen Landeskliniken: „Es haben sich aus dem ganzen Bundesland Ärzte und Pfleger bei mir gemeldet und die angespannte Situation bestätigt“, berichtet Huber. Die Freiheitlichen fordern zeitgemäße Maßnahmen zur bestmöglichen medizinischen Versorgung in Niederösterreich!“

VORARLBERG

Dürftiges Eigenlob

„Wenn man sich dazu versteigt, den Zustand der Beinahe-Vollbeschäftigung auf die eigenen Fahnen zu heften, anstatt dies den innovativen und fleißigen Unternehmern und Arbeitnehmern zu danken, dann weiß man eigentlich, wie weit es herunter geschneit hat“, kommentierte der Freiheitliche Klubobmann Daniel Allgäuer die „Bilanz“ der schwarz-grünen Landesregierung. Es geht dem Land nicht wegen, sondern trotz dieser Landesregierung noch eingermaßen gut.

Foto: FPÖ Vorarlberg

Daniel Allgäuer

NIEDERÖSTERREICH

Förderbeträge bei der Schul- und Heimbeihilfe werden angepasst

FPÖ-Antrag machte der 12-jährigen „Indexierungs-Pause“ ein Ende

OBERÖSTERREICH

Seit 2007 wurde die Indexierung der Einkommensgrenzen und Förderbeträge bei Schul- und Heimbeihilfe sowie der Schulveranstaltungshilfe ausgesetzt.

Auf Antrag von Oberösterreichs FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner wurde bei der Landesfamilienreferentenkonferenz in der Steiermark ein von ihm eingebrachter Antrag auf Indexierung der seit 2007 nicht mehr angepassten Einkommensgrenzen und Förderbeträge bei der Schul- und Heimbeihilfe sowie der Schulveranstaltungshilfe des Bundes beschlossen.

Foto: Land OÖ / Heinz Kraml

Haimbuchner: Anpassung der Schülerbehilfen war längst überfällig.

Bildung fördern

Immerhin koste laut einer Erhebung der Arbeiterkammer der Besuch einer weiterführenden Schule pro Jahr und Kind im Schnitt 2.722 Euro. „Der Grundbetrag bei der Schulbeihilfe von 1.130 Euro pro Jahr oder 94 Euro pro Monat deckt derzeit nicht einmal die Hälfte der Kosten ab“, argumentierte Haimbuchner.

Dazu regte er auch eine transparentere und zeitgemäße Abwicklung der Förderungen an. Denn Eltern kritisieren die zu kurzen Antragsfristen, die dazu führten, dass viele um diese Förderungen fallen würden. Deshalb dürfte auch nur mehr jeder zehnte Schüler ab dem 10. Schuljahr die Schulhilfe des Bundes erhalten haben.

KÄRNTEN

Schleichende Enteignung

Kritik an dem von SPÖ-Landesrat Daniel Fellner geplanten neuen Raumordnungsgesetz übte der Kärntner FPÖ-Landesparteiobmann Gernot Darmann: „Damit werden die Bürger schleichend enteignet und mit Strafgebühren belegt. Die Maßnahmen erinnern an kommunistische Planwirtschaft!“

Foto: NFZ

Darmann: SPÖ-Kärnten gräbt kommunistische Methoden aus.

So sei eine jährliche Abgabe von ein bis zwei Euro je Quadratmeter für unbebaute Bauparzellen vorgesehen, was die FPÖ als „kommunistische Bestrafung von Grundeigentümern“ ablehne. Weiters wolle die SPÖ die zwangsweise Rückwidmung eines Baugrundstückes auch ohne Zustimmung des Eigentümers ermöglichen. „Das wäre eine massive Entwertung von Eigentum der Kärntner, die einer Enteignung gleichkommt“, protestiert Darmann.

Anstelle der roten Zwangsmaßnahmen und Widmungsschikanen fordert die FPÖ Kärnten Entwicklungsprogramme für die Regionen, die Bezirke und Kärntner Talschaften, eine Stärkung der Industriestandorte sowie des Kärntner Tourismus und einen Ausbau des Bildungsstandortes Kärnten. „Universität und Fachhochschule müssen ausgebaut werden, denn 80 Prozent verlassen Kärnten, um zu studieren wovon viele nie mehr zurückkommen“, erklärte Darmann.

BURGENLAND

Foto: FPÖ Burgenland

Alexander Petschnig

Innovationslabor Südburgenland

Noch dieses Jahr soll in Stegersbach im Südburgenland ein Innovationslabor entstehen. Das Zukunftsprojekt nennt sich „act4.energy“ und befasst sich mit den Themenschwerpunkten Photovoltaik und Eigenverbrauchsoptimierung beziehend auf erneuerbare Energien. Unterstützt wird das Projekt unter anderem von Siemens, dem Austrian Institute of Technology sowie auch von Bundeminister Norbert Hofer und dem Land Burgenland. Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig: „Dieses Prestigeprojekt macht die südliche Region zum Innovationsstandort!“

SALZBURG

Foto: NFZ

Mit billigen Tickets versucht ÖVP-Landesrat Schnöll die Versäumnisse der letzten Jahre zu vertuschen.

ÖVP-Verkehrslandesrat zäumt Pferd von hinten auf

Statt Infrastruktur zu gewährleisten, nur Selbstprofilierungsaktionen

Verkehrslandesrat Stefan Schnöll subventioniert das günstige Öffi-Jahresticket, ohne jedoch die infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen.

Nachdem die ÖVP in der letzten Legislaturperiode das Verkehrsressort systematisch ausbluten ließ, werden nun medienwirksam PR-Aktionen veranstaltet. Aktionen, ohne den Ansporn einer Langfristigkeit. „Die Einführung günstiger Tarife klingt zunächst verlockend und entspricht auch gänzlich einer langjährigen freiheitlichen Forderung. Was Schnöll aber hier veranstaltet, ist ein Schnellschuss, der womöglich von seinem Nachfolger wieder zurückgerufen werden muss“, erklärt FPÖ-Verkehrssprecher Hermann Stöllner. Denn ohne begleitender Infrastrukturmaßnahmen bleibe das günstige Ticket, was es sei: Eine reine Selbstprofilierungsaktion des Landesrats.

Allheilmittel billige Tickets?

Durch die Preisreduktion werde die Schere zwischen Erlösen und Kosten beim Sorgenkind Öffentlicher Verkehr immer größer. Rechnungshofberichte aus anderen Bundesländern, wie etwa Tirol, zeigten deutlich, dass vorschnelle Preisreduktionen kontraproduktiv seien und verheerende Auswirkungen auf das Budget haben.

„Ich kann doch nicht bereits ermäßigte Eintritte versprechen, während die größte Baustelle noch nicht fertig ist. Zurück an den Start Herr Landesrat. Zuerst müssen die nötigen Kosten für den Ausbau der Infrastruktur geleistet und darauf basierend die Tarife kalkuliert werden“, forderte Stöllner. Erst dann mache es Sinn, Menschen dazu bewegen, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen.

Druck zu mehr Transparenz

„Während Nieder- und Oberösterreich die vom Bund initiierte Transparenzdatenbank bereits vollends befüllt haben, ist die Steiermark offensichtlich wieder einmal hinten nach“, kritisierte FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann die rot-schwarze Landesregierung.

Bereits im Herbst 2010 wurde auf Bundesebene eine einheitliche Transparenzdatenbank eingeführt. Die Datenbank sollte nicht zuletzt dazu beitragen, den in Österreich wuchernden Förderdschungel zu lichten sowie eventuellen Missbrauch von Subventionen und Sozialleistungen zu bekämpfen.

„Die Steiermark hat sich unter ihrer schwarz-roten Führung bisher nicht als Musterschüler erwiesen. Aus diesem Grund werden die Freiheitlichen das zuständige Regierungsmitglied Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer befragen, wann die Steiermark endlich Schritte zur Durchforstung des Förderdschungels setzen will, indem alle relevante Daten zu den Landesförderungen in die Transparenzdatenbank eingespeist werden.

STEIERMARK

Foto: FPÖ Steiermark

Hermann: „Rot-Schwarz ist bei der Transparenz säumig!“

Foto: FPÖ Salzburg

LÄNDER-SACHE

Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Mit einer Wahlbeteiligung von 45 Prozent befand sich Österreich bei der EU-Wahl 2014 im EU-Durchschnitt. Gründe für mäßiges Interesse? Die sind mannigfaltig. Oftmals wird von einer Verdrossenheit gesprochen. Zu weit wären die Belange der Union von Österreich entfernt. Für viele Menschen sei die EU ohnedies eine ungreifbare Institution.

Beteiligungswahl

Das liegt aber an der Aufklärungsarbeit über das EU-Parlament. Denn die Entscheidungen in Brüssel betreffen uns alle. Ein medialer Auftrag, dem man hier nur schwer nachgeht.

Beschränkt sich die einzig-mediale Debatte seit Anbeginn darauf, ob die EU nun gut oder böse sei. EU-Skepsis und Kritik am Verlust nationalstaatlicher Kompetenzen wird pauschal als Kriegserklärung gegen Europa missverstanden. Doch wir Freiheitliche wissen, dass nur jemand, der Europa samt der Nationalstaaten schätzt, dem EU-Projekt fordernd und skeptisch gegenüberstehen muss.

Denn, wollen wir tatsächlich diese EU den ÖVP Antiquitäten wie einem Karas überlassen? Brechstangenschwarze, die ihre Staatsbürgerschaft vor den Toren Brüssels abgeben. Oder hörigen Absegnern wie Schieder, der zwar nur die Hälfte der Beschlüsse verstehen wird aber in seiner Euphorie völlig auf unser Österreich vergisst?

Ja, wer nicht zu Wahl geht, stärkt diese Tendenzen. Diejenigen, die dieser Europäischen Union fordernd gegenübertreten, ja, sie verbessern wollen, sollten sich am 26. Mai beteiligen. Und ihr demokratisches Recht mit einer Stimme für die FPÖ ausschöpfen.

GEZWITSCHER

Michael Wostal
@MichaelW067

Ich war sogar ein glühender Anhänger der SPÖ, viele Bekannte von mir übriges auch. Um so mehr wurde ich dann vom Kern, der den Schlußpunkt einer einst so großen Partei gesetzt hat, enttäuscht! Jetzt kommt nur noch Hetze von ihnen, prädikat wertlos.
27.04.19 03:25

Ein Ex-SPÖ-Wähler klärt auf, wo „die Hetzer“ zuhause sind. Aber kümmert das die SPÖ?

Johannes van Persie
@joge_jonny

Ich würde mir von Parteien Inhalte wünschen und nicht nur Tweets wie schlimm die #Fpoe ist. Das ist ja keine Politik! Alle Oppositionsparteien teilen täglich mit, wie schlimm es bei der #Fpoe zugeht. Ich würde lieber hören, welche Politik sie machen.
28.04.19 13:57

Das ist ja das Problem, SPÖ,Grüne, Neos haben keine Inhalte.

WHATSAPP

GEFÄLLT MIR

HC Strache
29.04.2019

Wir lassen uns nicht unterkriegen, wir gehen unseren konsequenten und ehrlichen Weg weiter.

1.955 Personen gefällt das.

Auch für die EU-Wahl bleibt die FPÖ ihrem Motto treu.

„Nazi-Jäger“ verschweigen Antisemitismus bei ihren Kumpanen

Über den „New York Times“-Skandal schwieg der ORF betroffen

Um HC Strache einen Nazi-Sager umzuhängen, bemührte der ORF auch die „New York Times“, die vor kurzem selbst eine übelste antisemitische Karikatur veröffentlicht hatte.

Der „übersehene“ Antisemitismus der „Nazi-Jäger“.
Karikatur:NYT

Der ORF erklärt den HC Straches Erklärung vom „Bevölkerungsaustausch“ zu einer rechtsextremen Verschwörungstheorie, weil es ja gar kein autochthones Volk gebe, das man austauschen könnte.

Der „internationale Skandal“

Um das Ganze zu einem internationalen Skandal hochzujubeln wird ein „internationales Medienecho“ bemüht, also Zeitungen, die auf die Skandalisierungsgeschichte der heimischen Medien aufgesprungen sind.

Und so entsetzte sich ORF auf seiner Webseite über den von ihm selbst in den Welt gesetzten Skandal: „Vom britischen „Guardian“, der „New York Times“ („NYT“) und der „Washington Post“ („WP“) bis zur EU-Ausgabe von „Politico“ und dem europäischen Sender Euronews berichteten Journalistinnen und Journalisten über Straches Wortwahl und den rechtsextrem geprägten Begriff.“

Die Zitierung der NYT hat einen schalen Beigeschmack. Diese musste sich doch gerade selbst bei ihren Lesern entschuldigen, ist doch eine antisemitische Karikatur in eine ihrer Ausgabe völlig unbemerkt „hineingerutscht“. Berichtet hat darüber keiner, auch nicht der ORF.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Als „Nur ein erster Schritt“ wertete die „Wiener Zeitung“ die schrittweise inkrafttretenden Steuerentlastungsmaßnahmen der Koalition, was Vizekanzler HC Strache bei Präsentation bestätigt hatte: „Das Sparen im System geht weiter.“ Probleme ortet die Zeitung in der mangelnden Ökologisierung des Steuersystems und befürchtet Strafzahlungen wegen Nichterreichens der Klimaziele, die von der Vorgängerregierung illusorisch hochgesteckt wurden, um als EU-Musterschüler dazustehen.

Nur ein erster Schritt

In den Chor der linken NS-Warner stimmt auch die „Tiroler Tageszeitung“ ein und räumt dem schwarzen(!) AK-Präsidenten Erwin Zangerl großen Raum ein, um vor der „Dritten Republik“ zu warnen. Immerhin lässt der Alt-ÖVPler gelten, dass nicht alle Blauen „Demokratiegefährder“ seien, sondern es viele „normale“ gebe, die „einen Sinn in der AK sehen“ würden.

„Wir sind auf dem Weg in die Dritte Republik“

Franz Mairinger ist neuer Ortsparteichef in Raab

Auf dem vom Bezirksparteiobmann-Stellvertreter, Bundesrat Thomas Schererbauer, geleiteten Ortsparteitag der FPÖ Ortsgruppe Raab wurde der bisherige Gemeinderat Franz Mairinger einstimmig zum neuen Obmann der Ortsgruppe gewählt. Auch seine Stellvertreter, die Gemeinderäte Alfred Panholzer, Martin Gföllner, Markus Gintenreiter und Daniel Blümlinger konnten 100 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

Der neugewählte Ortsparteiobmann bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, sowie bei seinem Vorgänger August Klafböck für die gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre und für dessen weitere Unterstützung der Freiheitlichen im Gemeinderat.

Foto: FPÖ Schärding

Bundesrat Thomas Schererbauer gratulierte dem neuen Raaber Ortsobmann Franz Mairinger sowie dessen Stellvertreter Markus Gintenreiter, Martin Gföllner und Alfred Panholzer (v.l.).

Anzeige

Glänzende Aussichten mit „Red“ und „Blue“

Neue Rubbellose bieten Hauptgewinne von 150.000 bzw. 50.000 Euro

Ab sofort wartet das neue Rubbellos Duo „Red“ und „Blue“ mit glänzenden Gewinnen, ganz egal, für welches Los man sich entscheidet. Auf dem Rubbellos „Red“ befinden sich drei unterschiedliche Spiele und die zusätzliche Chance auf Gratis-Rubbellose im Wert von 5 Euro. Der Hauptgewinn beträgt 150.000 Euro. „Red“ ist zum Preis von 5 Euro erhältlich. Mit dem Rubbellos „Blue“ kann man sein Glück bei zwei unterschiedlichen Spielen versuchen. Hier hat man die zusätzliche Chance auf Gratis-Rubbellose im Wert von 3 bzw. 5 Euro. Als Hauptgewinn warten 50.000 Euro. „Blue“ ist zum Preis von 3 Euro erhältlich.

Es lebe der Sport: ÖPC Talent Days 2019

Bis 3. Mai anmelden und zehn paralympische Sportarten kostenlos ausprobieren

Der Behindertensport sucht die Stars von morgen. Mit den Talent Days bietet das ÖPC Jugendlichen mit Körper- oder Sehbehinderung erstmalig die Möglichkeit, ihre sportlichen Begabungen zu testen und insgesamt zehn paralympische Sportarten kostenlos auszuprobieren. Angeboten werden: Badminton, Bogenschießen, Leichtathletik, Radfahren, Rudern, Schwimmen, Segeln, Tennis, Tischtennis und Rollstuhlbasketball.

Paralympische Stars und MedaillengewinnerInnen wie Sabin Weber-Treiber und Andreas Onea (Schwimmen), Nico Langmann (Rollstuhl-Tennis), Günther Matzinger (Leichtathletik), Krisztian Gardos (Tischtennis), Thomas Geierspichler (Leichtathletik) und viele mehr werden ihr Wissen an die TeilnehmerInnen weitergeben und sie bei den Mitmach-Stationen unterstützen und begleiten.

Wer dabei sein möchte – egal ob als Einzelperson oder für Schulklassen – kann sich bis 3. Mai 2019 unter www.talent-days.at für einen der beiden Termine anmelden:

14. Juni 2019 – Bundessport- und Freizeitzentrum Südstadt

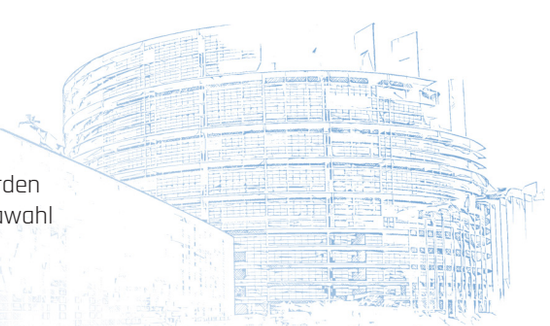
2. Juli 2019 – Universitäts- und Landessportzentrum Salzburg/Rif

Die Österreichischen Lotterien sind seit 2004 Partner des Österreichischen Paralympischen Committees und Sponsor der Talent Days 2019.

FBI Freiheitliches Bildungsinstitut

Politische Bildung aktuell

○ Partei ○ Regierung ○ Parlament ✔ EU



Am 26. Mai 2019 findet in Österreich die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Sollte der Brexit des Vereinigten Königreichs rechtzeitig über die Bühne gehen, dann werden in Österreich dabei 19 der insgesamt 705 Mandate vergeben. Aus Anlass dieser Europawahl werden die wichtigsten EU-Institutionen in den nächsten Wochen hier erklärt.

Der Europäische Rechnungshof

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) prüft als „Hüter der EU-Finanzen“ sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite des EU-Haushalts und soll zu einer Verbesserung des EU-Finanzmanagements beitragen. Seine Prüfkompetenz erstreckt sich nicht nur auf EU-Organe wie die Kommission oder das Europäische Parlament, sondern auch auf jene Ländern, die EU-Gelder erhalten.

Zu den Aufgaben des EuRH gehört auch die Erstellung eines Jahresberichts für das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union, den das Parlament prüft, bevor es die Art der Verwendung der Haushaltsmittel durch die EU-Kommission billigt. Vom Aufbau her handelt der EuRH als Kollegialorgan aus 28 Mitgliedern mit jeweils einem Mitglied je EU-Mitgliedstaat. Die Mitglieder werden dabei für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt. Die Mitglieder wählen zusätzlich aus ihrer Mitte für drei Jahre einen Präsidenten.

Prinzipiell kann der Rechnungshof mutmaßlichen Betrug, Korruption oder illegale Tätigkeiten dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) melden. Ein Grundproblem an dieser Arbeitsweise des EuRH ist aber, dass der Rechnungshof von sich aus keine rechtlichen Schritte unternehmen kann, um eventuelle Verstöße bei EU-Institutionen zu ahnden. Und diese dürften sich laut den vom EuRH veröffentlichten Jahresberichten häufen. Allerdings werden die oftmals deutlich höheren Ausgaben kaum revidiert, sondern im Gegenteil vom Europäischen Parlament meistens gebilligt.

Das Fazit könnte daher sein: Die bei seiner Errichtung im Oktober 1977 definierte Rolle als „externer Prüfer der EU“ wird vom EuRH nur bedingt ausgefüllt. Eine sparsame Verwendung des Steuergeldes in der EU scheint nicht immer gewährleistet zu sein, weil trotz eines vermehrten Aufzeigens von Verfehlungen bei der Verwendung von EU-Mitteln nur selten etwas unternommen wird.

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.

Harald Vilimsky
Mitglied des Europäischen Parlaments

Österreichs Position in Europa stärken

Ich will, dass Österreichs Stimme in Europa auch weiterhin gehört wird und unsere Position in Brüssel gestärkt statt noch weiter geschwächt wird.
Dafür bin ich als österreichisches Mitglied des Europäischen Parlaments verantwortlich.

- » **Keine von Brüssel diktierten Quoten** für die Aufnahme von Armutszuwanderern
- » **Keine europaweite „Grundsicherung“** auf unsere Kosten
- » Wirksamer **Schutz der EU-Außengrenzen**
- » **Keine Erhöhung** der **EU-Mitgliedsbeiträge**
- » **Kein Abgehen** vom **Einstimmigkeitsprinzip**

Am 26. Mai ☒ Harald Vilimsky

fpoe.eu